

Auswertung MDRfragt:

Bürgergeld: zu viel oder zu wenig?

Befragungszeitraum: 27.10. – 01.11.2023

27.197 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sperrfrist: 06.11.2023

Die Ergebnisse in der Übersicht:

- [Mehrheit empfindet Bürgergeld aktuell als zu hoch](#)
- [Erhöhung des Bürgergeldes im Januar 2024: 6 von 10 halten sie für zu hoch](#)
- [Knapp zwei Drittel denken, dass die Höhe des Bürgergeldes das Tempo bei der Arbeitssuche beeinflusst](#)
- [Mehrheit fordert härtere Sanktionen und zeitliche Begrenzung des Bürgergeldes, um mehr Bürgergeldempfängerinnen und -empfänger in Arbeit zu bringen](#)
- [88 Prozent befürworten aktuelle Sanktionsmöglichkeiten beim Bürgergeld](#)
- [Arbeitssuchende qualifizieren statt schnell in Jobs bringen: Jeder Zweite befürwortet diesen Ansatz beim Bürgergeld](#)
- [Gesplante Meinung über Karenzzeit beim Bürgergeld](#)
- [Exkurs: Was die Betroffenen denken](#)

Die Ergebnisse im Detail:

Mehrheit empfindet Bürgergeld aktuell als zu hoch

Am 1. Januar 2023 löste das einheitliche Bürgergeld die vorherigen Leistungen Hartz IV und Sozialhilfe ab. Es ist eine steuerfinanzierte Grundsicherung für Menschen, die bedürftig sind. Eine alleinstehende Person bekommt derzeit als Regelbedarf 502 Euro pro Monat, ein Paar in einer Bedarfsgemeinschaft 902 Euro. In der MDRfragt-Gemeinschaft wird die aktuelle Höhe des Bürgergeldes durchaus kritisch gesehen. So empfinden 59 Prozent der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer dieses als zu hoch. Gut ein Fünftel (21 Prozent) bewertet die Höhe hingegen als angemessen. 12 Prozent halten es für zu niedrig.

Frage: Am 1. Januar 2023 löste das einheitliche Bürgergeld die vorherigen Leistungen Hartz IV und Sozialhilfe ab. Es ist eine steuerfinanzierte Grundsicherung für Menschen, die bedürftig sind, grundsätzlich arbeiten können, aber kein Arbeitslosengeld erhalten. Eine alleinstehende Person bekommt derzeit als Regelbedarf 502 Euro pro Monat, ein Paar in einer Bedarfsgemeinschaft 902 Euro. Wie beurteilen Sie die aktuelle Höhe des Bürgergelds?

zu hoch



angemessen



zu niedrig



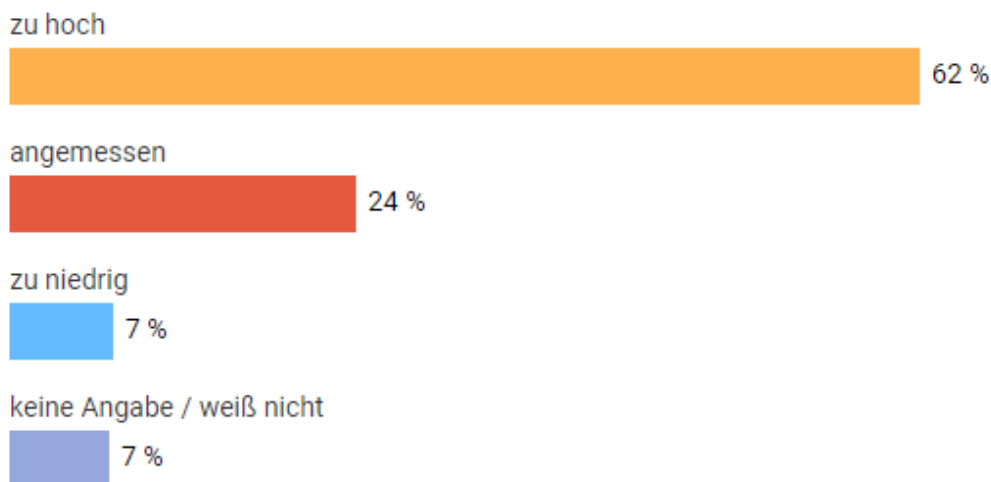
keine Angabe / weiß nicht



Erhöhung des Bürgergeldes im Januar 2024: 6 von 10 halten sie für zu hoch

Zum 1. Januar 2024 wird das Bürgergeld um rund 12 Prozent erhöht. Ähnlich wie bei der Berechnung, um wie viel die Renten erhöht werden, wird dabei einbezogen, wie sich Preise und Nettolöhne entwickelt haben. Für Alleinstehende erhöht sich die Leistung dann beispielsweise von 502 € auf 563 €. 62 Prozent der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer empfinden diesen Anstieg als zu hoch. Knapp ein Viertel (24 Prozent) halten diesen hingegen für angemessen und 7 Prozent für zu niedrig.

Frage: Zum 1. Januar 2024 wird das Bürgergeld um rund 12 Prozent erhöht. Für Alleinstehende erhöht sich die Leistung dann beispielsweise von 502 € auf 563 €. Wie finden Sie die Erhöhung?

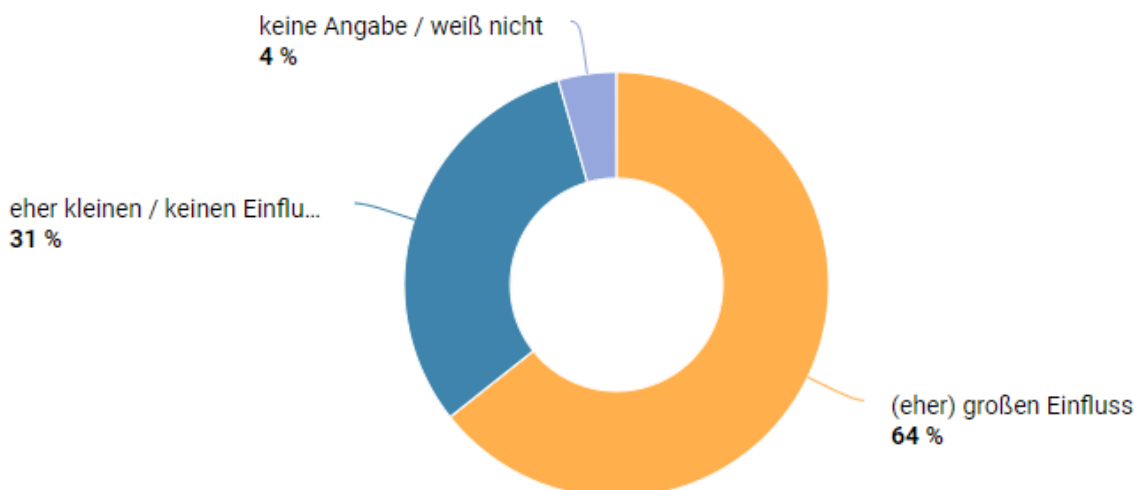


Knapp zwei Drittel denken, dass die Höhe des Bürgergeldes das Tempo bei der Arbeitssuche beeinflusst

Kritikerinnen und Kritiker des Bürgergeldes und insbesondere der Erhöhung ab 2024 argumentieren, dass es sich aufgrund der Höhe der staatlichen Leistungen für Mindest- und Niedriglohnbezieher oft gar nicht mehr lohne, zu arbeiten. Allerdings gibt es Berechnungen von wissenschaftlichen Instituten, nach denen viele Menschen, die in Vollzeit zum Mindestlohn arbeiten, deutlich mehr Geld im Monat bekommen, als wenn sie Bürgergeld beziehen würden. Das liegt vor allem daran, dass auch Geringverdienerinnen und Geringverdiener Anspruch auf zusätzliche Leistungen haben (z.B. Wohngeld, Kinderzuschläge oder Freibeträge). Grundsätzlich gefragt:

Knapp zwei Drittel (64 Prozent) der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer sind der Ansicht, dass die Höhe des Bürgergeldes durchaus einen Einfluss darauf hat ob Arbeitssuchende schnell eine neue Stelle annehmen. Knapp ein Drittel (31 Prozent) denkt hingegen nicht, dass dies der Fall ist.

Frage: Kritiker des Bürgergeldes und insbesondere der Erhöhung ab 2024 argumentieren, dass es sich aufgrund der Höhe der staatlichen Leistungen für Mindest- und Niedriglohnbezieher oft gar nicht mehr lohne, zu arbeiten. Allerdings gibt es Berechnungen von wissenschaftlichen Instituten, nach denen viele Menschen, die in Vollzeit zum Mindestlohn arbeiten, deutlich mehr Geld im Monat bekommen, als wenn sie Bürgergeld beziehen würden. Das liegt vor allem daran, dass auch Geringverdienerinnen und Geringverdiener Anspruch auf zusätzliche Leistungen haben (z.B. Wohngeld, Kinderzuschläge oder Freibeträge). Grundsätzlich gefragt: Welchen Einfluss hat die Höhe des Bürgergeldes ihrer Meinung nach darauf, ob Arbeitssuchende schnell eine neue Stelle annehmen?



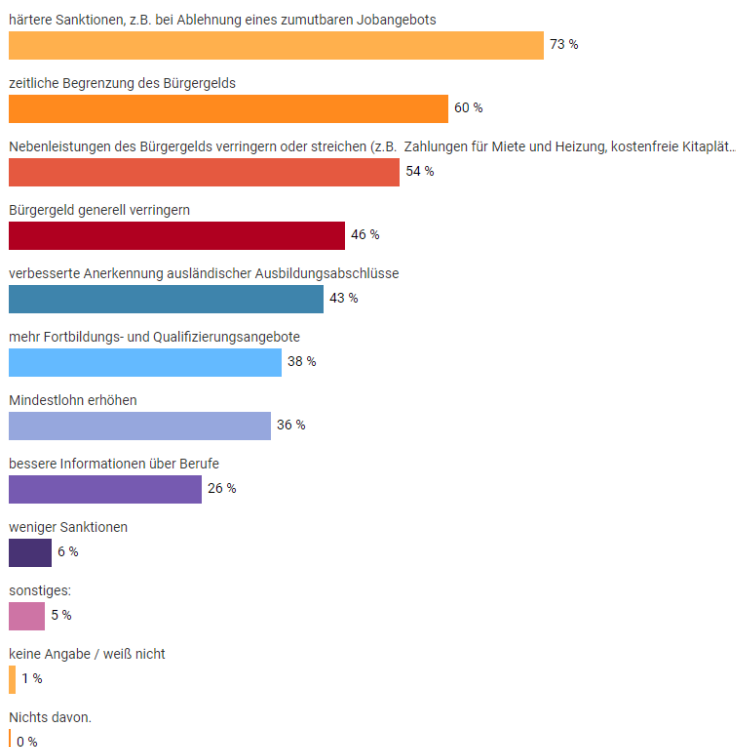
Mehrheit fordert härtere Sanktionen und zeitliche Begrenzung des Bürgergeldes, um mehr Bürgergeldempfängerinnen und -empfänger in Arbeit zu bringen

Unternehmen in Deutschland suchen dringend nach Arbeitskräften – nach Fachkräften ebenso wie nach Hilfskräften. Aus Sicht vieler Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer könnte die Politik Einiges unternehmen, um mehr Bürgergeldempfängerinnen und -empfänger in Arbeit zu bringen:

- So würden knapp drei Viertel (73 Prozent) härtere Sanktionen befürworten, beispielsweise bei der Ablehnung eines zumutbaren Jobangebots.
- 60 Prozent halten zudem eine zeitliche Begrenzung des Bürgergeldes für sinnvoll.
- Auch die Streichung oder Reduzierung von Nebenleistungen des Bürgergeldes wird von der Mehrheit (54 Prozent) der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer befürwortet.
- 46 Prozent sehen auch die generelle Reduzierung des Bürgergeldes als Möglichkeit, um mehr Bürgergeldempfängerinnen und -empfänger in Arbeit zu bringen.
- Darüber hinaus halten 43 Prozent hierfür auch eine verbesserte Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse für sinnvoll.
- Jeweils mehr als ein Drittel fordern zudem mehr Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote (38 Prozent) sowie die Erhöhung des Mindestlohnens (36 Prozent).
- Darüber hinaus befürwortet ein gutes Viertel (26 Prozent) auch bessere Informationsangebote über Berufe.
- Lediglich 6 Prozent halten weniger Sanktionen für sinnvoll.

5

Frage: Unternehmen in Deutschland suchen dringend nach Arbeitskräften – nach Fachkräften ebenso wie nach Hilfskräften. Was sollte die Politik Ihrer Meinung nach tun, um mehr Bürgergeld-Empfängerinnen und -Empfänger in Arbeit zu bringen? Bitte wählen Sie alles aus, was Sie zutreffend finden.

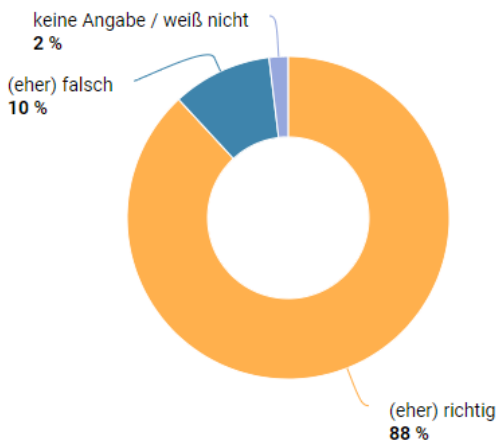


88 Prozent befürworten aktuelle Sanktionsmöglichkeiten beim Bürgergeld

Beim Bürgergeld besteht die Möglichkeit, die Leistungen zu kürzen, wenn jemand beispielsweise eine zumutbare Stelle nicht annimmt oder Termine im Jobcenter verpasst. Die Pauschale für den Lebensunterhalt kann dann um bis zu 30 Prozent gekürzt werden.

88 Prozent der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer halten diese Sanktionsmöglichkeiten für richtig oder eher richtig. Lediglich 10 Prozent lehnen sie hingegen ab oder eher ab.

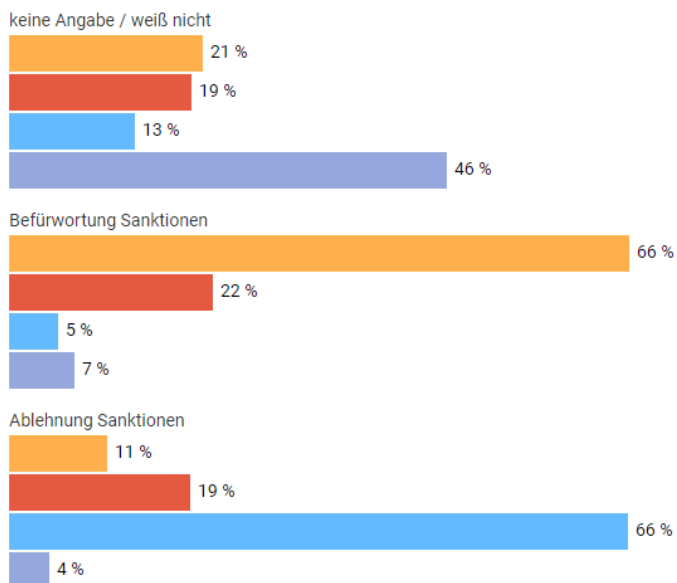
Frage: Beim Bürgergeld gibt es die Möglichkeit, die Leistungen zu kürzen, wenn jemand beispielsweise eine zumutbare Stelle nicht annimmt oder Termine im Jobcenter verpasst. Die Pauschale für den Lebensunterhalt kann dann um bis zu 30 Prozent gekürzt werden. Wie finden Sie das?



6

Auffällig ist dabei, dass diejenigen, welche die Sanktionen befürworten, die aktuelle Höhe des Bürgergeldes deutlich eher kritisieren, als diejenigen, welche die Sanktionen eher ablehnen.

● zu hoch ● angemessen ● zu niedrig ● keine Angabe / weiß nicht

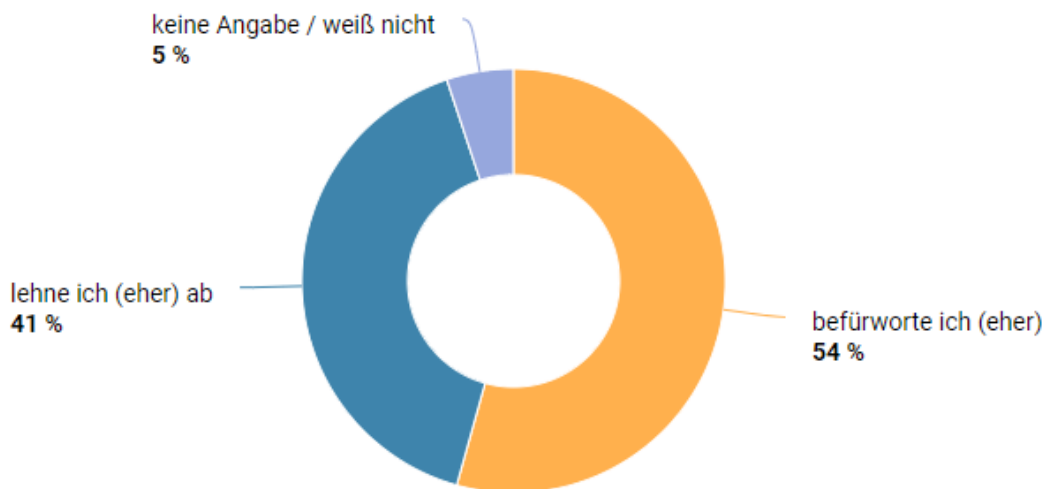


Arbeitssuchende qualifizieren statt schnell in Jobs bringen: Jeder Zweite befürwortet diesen Ansatz beim Bürgergeld

Im Zuge der Einführung des Bürgergeldes wurde mehr Augenmerk auf Fortbildung und Qualifizierung gelegt: Anders als bei Hartz IV ist es nun nicht mehr das vorrangige Ziel, Menschen möglichst schnell in Jobs zu bringen. Ziel beim Bürgergeld ist es auch, dass sich Bürgergeldbeziehende (weiter) qualifizieren und idealerweise einen Berufsabschluss erreichen. Mit einer geförderten Weiterbildung sollen die Arbeitssuchenden befähigt werden, nicht einfach und schnell irgendeinen Job zu haben, sondern mit entsprechender Vorbildung eine dauerhafte Arbeit zu finden.

Die knappe Mehrheit (54 Prozent) der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer befürwortet diesen Ansatz beim Bürgergeld. 41 Prozent lehnen ihn hingegen ab.

Frage: Im Zuge der Einführung des Bürgergeldes wurde mehr Augenmerk auf Fortbildung und Qualifizierung gelegt: Anders als bei Hartz IV ist es nun nicht mehr das vorrangige Ziel, Menschen möglichst schnell in Jobs zu bringen. Ziel beim Bürgergeld ist es, dass sich Bürgergeldbeziehende (weiter) qualifizieren und idealerweise einen Berufsabschluss erreichen können. Mit einer geförderten Weiterbildung sollen die Arbeitssuchenden befähigt werden, nicht einfach und schnell irgendeinen Job, sondern mit entsprechender Vorbildung eine dauerhafte Arbeit zu erhalten. Wie finden Sie diesen Ansatz?

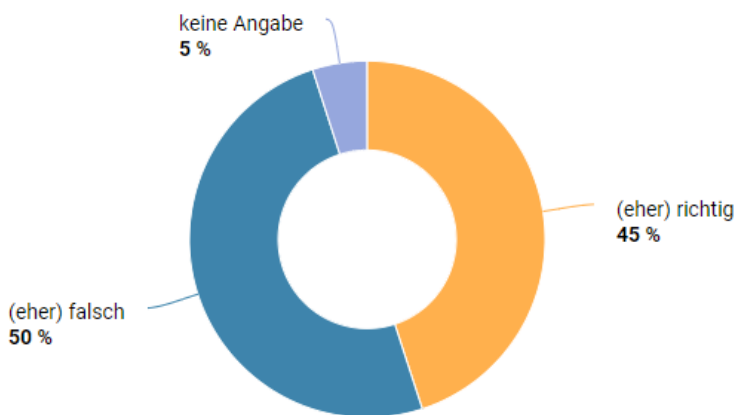


Gespaltene Meinung über Karenzzeit beim Bürgergeld

Das erste Jahr, in dem jemand Bürgergeld bekommt, gilt als Karenzzeit: Ob die Unterkunft angemessen ist (also klein und günstig genug), wird zunächst nicht überprüft. Vermögen bis zu 40.000 Euro pro Antragsteller wird nicht berücksichtigt und muss nicht zunächst aufgebraucht werden, bevor es Bürgergeld gibt. Nach dem einen Jahr Karenzzeit werden das Vermögen und die Wohnsituation vom Jobcenter überprüft. Durch die Karenzzeit sollen mehr Menschen Bürgergeld bekommen, die vorher keinen Anspruch hatten. Außerdem sollen sich die Arbeitssuchenden auf die Jobsuche konzentrieren können und nicht um ihre Wohnung oder ihre Ersparnisse sorgen müssen.

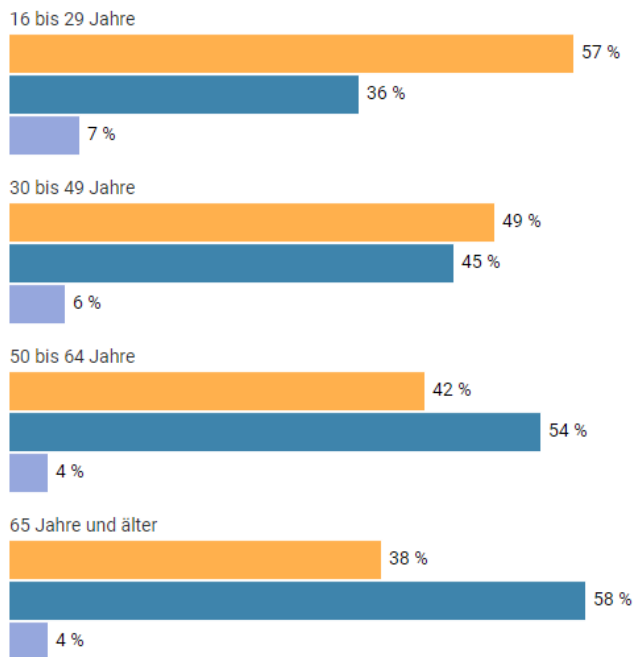
Bei den MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern ist die Meinung darüber gespalten, ob die Einführung dieser Karenzzeit der richtige oder der falsche Weg ist. Während 50 Prozent das für den falschen Weg halten, erachten 45 Prozent ihn für richtig.

Frage: Das erste Jahr, in dem jemand Bürgergeld bekommt, gilt als Karenzzeit: Ob die Unterkunft angemessen ist (also klein und günstig genug), wird zunächst nicht überprüft. Vermögen bis zu 40.000 Euro pro Antragsteller wird nicht berücksichtigt und muss nicht zunächst aufgebraucht werden, bevor es Bürgergeld gibt. Nach dem einen Jahr Karenzzeit werden das Vermögen und die Wohnsituation vom Jobcenter überprüft. Durch die Karenzzeit sollen mehr Menschen Bürgergeld bekommen, die vorher keinen Anspruch hatten. Außerdem sollen sich die Arbeitssuchenden auf die Jobsuche konzentrieren können und nicht um ihre Wohnung oder ihre Ersparnisse sorgen müssen. Wie finden Sie die Einführung dieses einen Jahres Karenzzeit?



Hierbei unterscheidet sich das Antwortverhalten je nach Alter deutlich. Je älter die MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer, umso eher halten sie die Karenzzeit für falsch.

● (eher) richtig ● (eher) falsch ● keine Angabe



Exkurs: Wie sehen es die Betroffenen?

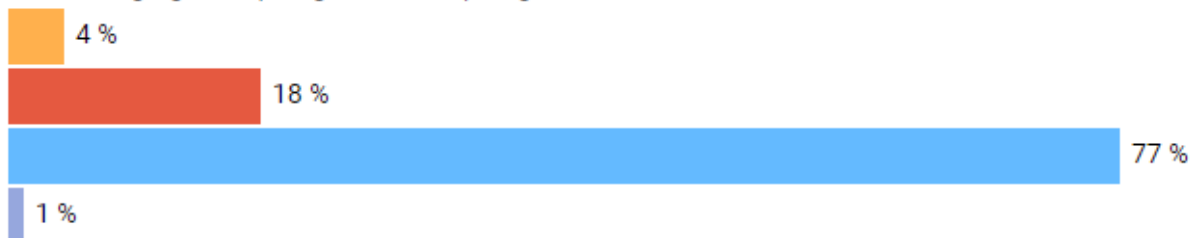
816 MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer sind nach eigenen Angaben selbst Bezieherinnen oder Bezieher von Bürgergeld. Sie blicken mitunter etwas anders auf das Thema als die MDRfragt-Gemeinschaft insgesamt. Wir haben daher die Antworten der Betroffenen ausgewertet. Die folgenden Ergebnisse sind nicht gewichtet, da die sonst angelegten soziodemografischen Merkmale und ihre Verteilung in der mitteldeutschen Bevölkerung die Aussagekraft dieses Stimmungsbilds aus der Gruppe der Betroffenen nicht erhöht.

Höhe des Bürgergelds: Die persönliche Betroffenheit hat Einfluss auf das Antwortverhalten: Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die nach eigenen Angaben selbst Bürgergeld beziehen, halten die aktuellen Sätze überwiegend für zu niedrig (77 Prozent). Rund ein Fünftel (18 Prozent) hält sie für angemessen, weniger als jede und jeder Zehnte in der Gruppe der befragten Bürgergeldbeziehenden findet die aktuellen Sätze zu hoch.

Frage: Am 1. Januar 2023 löste das einheitliche Bürgergeld die vorherigen Leistungen Hartz IV und Sozialhilfe ab. Es ist eine steuerfinanzierte Grundsicherung für Menschen, die bedürftig sind, grundsätzlich arbeiten können, aber kein Arbeitslosengeld erhalten. Eine alleinstehende Person bekommt derzeit als Regelbedarf 502 Euro pro Monat, ein Paar in einer Bedarfsgemeinschaft 902 Euro. Wie beurteilen Sie die aktuelle Höhe des Bürgergelds?

● zu hoch ● angemessen ● zu niedrig ● keine Angabe / weiß nicht

Selbst Bürgergeldempfänger oder -empfängerin

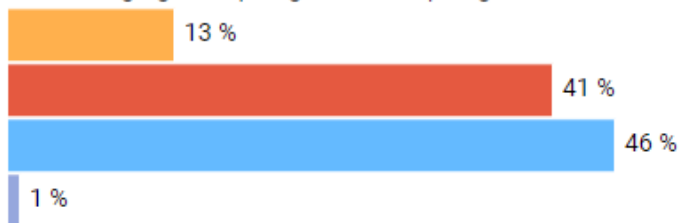


Erhöhung des Bürgergeldes: Im kommenden Jahr wird das Bürgergeld erhöht. Wer selbst Bürgergeld bezieht, hält die Erhöhung am ehesten für zu niedrig (46 Prozent), gut zwei Fünftel (41 Prozent) halten sie für angemessen, 13 Prozent halten sie für zu hoch.

Frage: Zum 1. Januar 2024 wird das Bürgergeld um rund 12 Prozent erhöht. Für Alleinstehende erhöht sich die Leistung dann beispielsweise von 502 € auf 563 €. Wie finden Sie die Erhöhung?

● zu hoch ● angemessen ● zu niedrig ● keine Angabe / weiß nicht

Selbst Bürgergeldempfänger oder -empfängerin



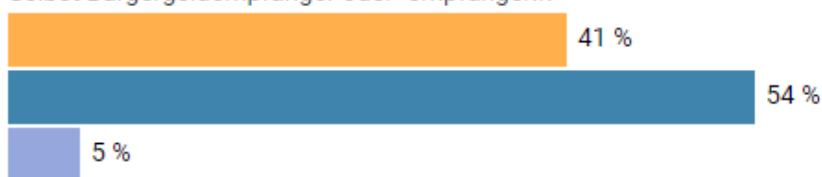
Einfluss auf Tempo bei Jobsuche: Bei denjenigen MDRfragt-Teilnehmerinnen und -teilnehmern, die selbst Bürgergeld beziehen, hat der geringere Anteil (41 Prozent) den Eindruck, dass die Höhe des Bürgergeldes Einfluss darauf nimmt, ob Arbeitssuchende schnell eine neue Stelle annehmen. Mehr als die Hälfte der Betroffenen meint, es gebe eher einen geringen oder gar keinen Einfluss.

Frage: Kritiker des Bürgergeldes und insbesondere der Erhöhung ab 2024 argumentieren, dass es sich aufgrund der Höhe der staatlichen Leistungen für Mindest- und Niedriglohnbezieher oft gar nicht mehr lohne, zu arbeiten. Allerdings gibt es Berechnungen von wissenschaftlichen Instituten, nach denen viele Menschen, die in Vollzeit zum Mindestlohn arbeiten, deutlich mehr Geld im Monat bekommen, als wenn sie Bürgergeld beziehen würden. Das liegt vor allem daran, dass auch Geringverdienerinnen und Geringverdiener Anspruch auf zusätzliche Leistungen haben (z.B. Wohngeld, Kinderzuschläge oder Freibeträge). Grundsätzlich gefragt: Welchen Einfluss hat die Höhe des Bürgergeldes ihrer Meinung nach darauf, ob Arbeitssuchende schnell eine neue Stelle annehmen?

11

● (eher) großen Einfluss ● eher kleinen / keinen Einfluss ● keine Angabe / weiß nicht

Selbst Bürgergeldempfänger oder -empfängerin



Sanktionen für Bürgergeldbeziehende: Die Hälfte (50 Prozent) derjenigen, die derzeit selbst Bürgergeld beziehen, halten die bestehenden Sanktionsmöglichkeiten für richtig oder eher richtig. Nur geringfügig weniger halten sie für falsch oder eher falsch (47 Prozent).

Frage: Beim Bürgergeld gibt es die Möglichkeit, die Leistungen zu kürzen, wenn jemand beispielsweise eine zumutbare Stelle nicht annimmt oder Termine im Jobcenter verpasst. Die Pauschale für den Lebensunterhalt kann dann um bis zu 30

Prozent gekürzt werden. Wie finden Sie das?

● (eher) richtig ● (eher) falsch ● keine Angabe / weiß nicht

Selbst Bürgergeldempfänger oder -empfängerin



Qualifizierung vor schnellstmöglicher Job-Annahme: Mehr als drei Viertel derjenigen, die selbst Bürgergeld beziehen (77 Prozent), befürworten den Ansatz, ein stärkeres Augenmerk auf Qualifizierung und Fortbildung zu legen. Knapp ein Fünftel lehnt diesen Fokus tendenziell ab.

Frage: Im Zuge der Einführung des Bürgergeldes wurde mehr Augenmerk auf Fortbildung und Qualifizierung gelegt: Anders als bei Hartz IV ist es nun nicht mehr das vorrangige Ziel, Menschen möglichst schnell in Jobs zu bringen. Ziel beim Bürgergeld ist es, dass sich Bürgergeldbeziehende (weiter) qualifizieren und idealerweise einen Berufsabschluss erreichen können. Mit einer geförderten Weiterbildung sollen die Arbeitssuchenden befähigt werden, nicht einfach und schnell irgendeinen Job, sondern mit entsprechender Vorbildung eine dauerhafte Arbeit zu erhalten. Wie finden Sie diesen Ansatz?

● befürworte ich (eher)
 ● lehne ich (eher) ab
 ● keine Angabe / weiß nicht

Selbst Bürgergeldempfänger oder -empfängerin



Was sagen Menschen, die mit Bürgergeldbeziehenden zu tun haben?

2.786 Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer gaben an, selbst regelmäßig im beruflichen Kontext mit Bürgergeldempfängerinnen und -empfängern zu arbeiten. Die folgenden Ergebnisse sind nicht gewichtet. Wie blicken jene auf das Thema Bürgergeld, die regelmäßig im Job mit dem Thema konfrontiert sind?

Einfluss auf Tempo bei Jobsuche: Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die im beruflichen Kontext selbst mit Bürgergeldempfängerinnen und -empfängern arbeiten, haben überwiegend den Eindruck, dass die Höhe des Bürgergeldes einen Einfluss auf das Tempo bei der Arbeitssuche nimmt (72 Prozent). Ein Viertel sieht nur einen kleinen oder gar keinen Einfluss.

Frage: Kritiker des Bürgergeldes und insbesondere der Erhöhung ab 2024 argumentieren, dass es sich aufgrund der Höhe der staatlichen Leistungen für Mindest- und Niedriglohnbezieher oft gar nicht mehr lohne, zu arbeiten. Allerdings gibt es Berechnungen von wissenschaftlichen Instituten, nach denen viele Menschen, die in Vollzeit zum Mindestlohn arbeiten, deutlich mehr Geld im Monat bekommen, als wenn sie Bürgergeld beziehen würden. Das liegt vor allem daran, dass auch Geringverdienerinnen und Geringverdiener Anspruch auf zusätzliche Leistungen haben (z.B. Wohngeld, Kinderzuschläge oder Freibeträge). Grundsätzlich gefragt: Welchen Einfluss hat die Höhe des Bürgergeldes ihrer Meinung nach darauf, ob Arbeitssuchende schnell eine neue Stelle annehmen?

● (eher) großen Einfluss ● eher kleinen / keinen Einfluss ● keine Angabe / weiß nicht

Selbst in beruflichem Kontakt mit Bürgergeldempfängerinnen und -empfängern



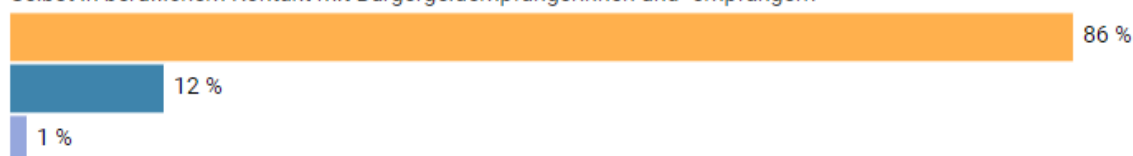
14

Sanktionsmöglichkeiten für Bürgergeldbeziehende: Wer selbst beruflich mit Bürgergeldbeziehenden zu tun hat, hält es in den häufigsten Fällen für richtig oder eher richtig, dass das Bürgergeld gekürzt werden kann, wenn die Betroffenen zumutbare Jobs nicht annehmen oder Termine verpassen (86 Prozent). Ein geringer Teil (12 Prozent) hält Sanktionen für falsch oder eher falsch.

Frage: Beim Bürgergeld gibt es die Möglichkeit, die Leistungen zu kürzen, wenn jemand beispielsweise eine zumutbare Stelle nicht annimmt oder Termine im Jobcenter verpasst. Die Pauschale für den Lebensunterhalt kann dann um bis zu 30 Prozent gekürzt werden. Wie finden Sie das?

● (eher) richtig ● (eher) falsch ● keine Angabe / weiß nicht

Selbst in beruflichem Kontakt mit Bürgergeldempfängerinnen und -empfängern



Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 27.10. – 01.11.2023 stand unter der Überschrift:

Bürgergeld: zu viel oder zu wenig?

Insgesamt sind bei MDRfragt 65.924 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 01.11.2023, 11 Uhr).

27.197 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

816 MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer sind nach eigenen Angaben selbst Bürgergeldempfängerinnen oder Bürgergeldempfänger. Zudem gaben 2.786 Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer an, selbst beruflich regelmäßig mit Bürgergeldempfängerinnen und -empfängern zu arbeiten.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	260 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	3.869 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	11.460 Teilnehmende
65+:	11.608 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	13.776 (51 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	6.775 (25 Prozent)
Thüringen:	6.646 (24 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	12.292 (45 Prozent)
Männlich:	14.836 (55 Prozent)
Divers:	69 (0,02 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.